

Ratsbericht 28. März 2012

56 Tagesordnungspunkte, Themen von der Finanzierung des Stadions über die A52 bis hin zur Bereitstellung einer Schulden-App ließen eine lange Sitzung erwarten. Nur hoffnungslose Optimisten [wie der Autor] sahen die Chance, den Anpfiff des Champions-League-Viertelfinales zwischen Olympique Marseille und Bayern München um 20.45 Uhr vom heimischen Sofa aus genießen zu dürfen. So viel sei verraten: Daraus wurde nichts. Bayern München ist eben nicht Schalke 04.

Vorgeplänkel

Für Verwerfungen im Vorfeld hatte der Austritt der Ratsfrau Julia Kahle-Hausmann aus der Grünen Ratsfraktion gesorgt. Die Grüne Fraktion hatte in der Folge beantragt, den Umweltausschuss (AUVG), in dem Julia Kahle-Hausmann auf grünem Ticket den Ausschussvorsitz innehat, aufzulösen und neu zu besetzen. Doch auch anderswo motivierte das Schrumpfen der Grünen Fraktion die Rechenkünstler. Schnell ergab sich, dass die Grünen – im Falle einer Auflösung und Neubildung – in den beiden wichtigen Ausschüssen ASP (Ausschuss für Stadtentwicklung und Stadtplanung) und HFA (Haupt- und Finanzausschuss) je einen Sitz verlieren würden. Profitieren würde hiervon in dem einen Fall (ASP) die FDP, in dem anderen Fall (HFA) unsere Fraktion. Grund genug für uns, die Auflösung aller drei Ausschüsse zu beantragen. Zwar verfügt das Viererbündnis trotz Schrumpfung immer über 1 (in Worten: eine) Stimme Mehrheit im Rat, doch in geheimen Abstimmungen hat man ja schon manch' Überraschung erlebt.

Essen, 11.30 Uhr

Anruf der Grünen Ratsfraktion. Auch dem Viererbündnis war scheinbar klar geworden, dass es für eine eigene Mehrheit in geheimer Abstimmung nicht reichen könnte. Man teilt uns mit, unserem Antrag auf Auflösung der drei Ausschüsse zu folgen.

Essen, 12.30 Uhr

Ebenfalls kurz vor Sitzungsbeginn ereilt uns die Information, dass unserem per Dringlichkeit eingereichten Antrag, auf die Standortlisten für die Plakatierung zur Landtagswahl zu verzichten, seitens der Verwaltung (weitgehend) entsprochen worden ist – gut so. Ein zweiter, von uns per Dringlichkeit eingereichter Antrag, zur VHS-Drittmittelakquise soll dagegen ausführlich in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses behandelt werden. Eine Dringlichkeit bestehe nicht mehr, da die blockierten Mittel für die VHS „aktuell“ freigegeben wurden.

Essen, 15.06 Uhr

Sitzungsbeginn, Debatte zur Tagesordnung: Die Punkte 12 und 13 (Willkommenspaket für Neubürger sowie unser Antrag zum Welcome-Center) werden im Paket geschoben. Gleichfalls abgesetzt wird TOP 23 zur EWG (dort sollte, mit dubiosem Finanzierungsvorschlag, eine Stelle fürs Stadtmarketing neu eingerichtet werden). Der verspätet eingereichte Antrag des Viererbündnisses für eine Offensive zur Teilzeitausbildung bei der Stadt Essen wird in den Fachausschuss geschoben. Damit wurde auch unseren Wünschen (von Hans Peter Leymann-Kurtz und Gabriele Giesecke vorgetragen) entsprochen.

OB Paß kündigt an, den Bericht über seine Nebeneinkünfte (TOP 51 im Nicht-öffentlichen Teil) „aus Prinzip“ in den Öffentlichen Teil vorzuziehen.

Essen, 15.26 Uhr

Kurz vor halb vier wird in die so geänderte Tagesordnung eingestiegen. Zu Beginn gedenkt man des kürzlich verstorbenen SPD-Ratsherrn (und ehemaligen Bürgermeisters) Thomas Fresen. Für ihn rückt Ute Hinz aus Rüttenscheid nach.

TOP 2, Niederschrift: Kenntnisnahme; TOP 3, Aktuelle Stunde: keine Anmeldungen; TOP 4, Mitteilung der Verwaltung: Die Bezirksregierung sieht bezüglich des beschlossenen Messeausbaus keinen Grund für Beanstandungen. TOP 5, Wahlen und Ersatzwahlen: Einige Ausschuss- und Gremienumbesetzungen, die einstimmig durchgehen, und flugs sind wir bei

TOP 6: Auflösung und Neubesetzung der Ausschüsse ASP (Planung), AUVG (Umwelt) und HFA (Haupt- und Finanzausschuss). Nach der vorherigen Ankündigung der Grünen, war die Luft raus. Ohne Aussprache werden die drei Ausschüsse aufgelöst und neu besetzt. Somit hat unsere Fraktion mit Hans Peter Leymann-Kurtz und Claudia Jetter künftig zwei Vertreter im Haupt- und Finanzausschuss. Keine bloße Randnotiz ist, dass die FDP im Planungsausschuss auf ihren zweiten Vertreter (der ihnen nach der Neubildung zugestanden hätte) zugunsten eines dritten Vertreters der Grünen verzichtet hat. Wir fragen uns: was bekommt die FDP hierfür als Gegenleistung – demnächst einen Liberalen als Umweltdezernenten?

TOP 7, Änderung des Geschäftsverteilungsplans: einstimmig

TOP 8, Fraktionszuwendungen: Im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen wurde – überraschenderweise – unser Antrag auf Kürzung der Zuwendungen an die EBB-Fraktion (der ein oder die andere erinnert sich an die „nicht-verbrauchten“ Mittel der EBB-Fraktion, mit ganzseitiger Berichterstattung in der WAZ: EBB-Fraktionsvorsitzender Udo Bayer überreichte Kämmerer Klieve einen gaaanz großen Scheck) einstimmig angenommen. Das Viererbündnis hatte die Abstimmung scheinbar verschlafen. Dies soll nun auf Antrag des Viererbündnisses rückgängig gemacht werden. Da – aus unserer Sicht – der pädagogische Effekt erreicht worden ist, stimmt auch unsere Fraktion der Rücknahme dieser Kürzung zu – zur großen Überraschung der EBB-Fraktion. Einstimmig ohne Aussprache.

TOP 9, Benennung für den Städtetag NRW: Für die nächsten 2,5 Jahre werden Claudia Jetter (ordentliche Vertreterin) und Gabriele Giesecke (Stellvertreterin) unsere Fraktion vertreten – diesmal nur mit Gaststatus.

TOP 10, Strategieprozess ESSEN.2030: Da mit der Moderation des Verfahrens Roland Berger beauftragt wurde, war dies für unsere Fraktion ein Grund, sich diesmal zu enthalten (Zustimmung aller anderen Fraktionen).

Um die Anerkennung des Ehrenamtes ging es unter TOP 11. Unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Janina Herff kritisiert, dass Ehrenamtliche zunehmend pflichtige Leistungen der Stadt ersetzen – Enthaltung der LINKEN, Zustimmung aller anderen Fraktionen.

TOP 12 und TOP 13: abgesetzt

TOP 14, Radweg Altendorf – Borbeck, Überleitung der Maßnahme an den RVR: einstimmig, mit Ergänzung durch Ratsherrn Billy Keil (evtl. Mehrkosten wurden vorsorglich mit beschlossen).

Die Bewerbung der Metropole Ruhr als „Grüne Hauptstadt Europas“ ist Thema unter TOP 15. Einleitung durch einen sehr ausführlichen Sachvortrag der Dezernentin Raskob, Lobeshymnen von allen Fraktionen. Ein wenig Wasser in den Wein kam aus unseren Reihen: Ratsfrau Claudia Jetter fragte, warum die anfallenden Kosten (Personalstelle, Sachkosten) in der Vorlage nicht ausgewiesen werden. Eine Antwort blieb die grüne Dezernentin schuldig. Dennoch einstimmige Zustimmung.

NACHTRAG: Telefonisch informierte Frau Raskob, dass sich die Stadt Essen an den Druckkosten der Broschüre (Gesamtkosten rund 30.000,- Euro) mit 2.000,- Euro beteiligt hat. Der Arbeitsaufwand werde durch vorhandenes Personal (zu einem größeren Teil durch sie selber) abgedeckt.

Endlich der lang ersehnte TOP 16, Neubau Stadion Essen, hier: Ergänzung der Planung und Finanzierung. Eine schöne Umschreibung dafür, dass durch die städtische Grundstücksgesellschaft GVE Investitionen i.H.v. 3,9 Mio. Euro vorgezogen worden sind – entgegen gültiger Ratsbeschlüsse und am Rat vorbei. Die Veröffentlichung dieses Vorgangs hatte hohe Wellen geschlagen. Nun soll – frei nach dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Thomas Kufen – Transparenz nachgeholt werden. Die Verwaltungsvorlage sieht ein nachträgliches Absegnen dieser Mehrausgaben vor.

Den Aufschlag in der Debatte macht Ratsfrau Rörig (CDU), gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzende der GVE. Die Verwaltungsvorlage sei „vorbildlich“ und schaffe größtmögliche Transparenz. Sie ist derart begeistert, dass sie dies ein ums andere Mal wiederholte, allein: Das machte den Vorgang auch nicht besser. Direkte Erwiderung durch unseren Ratsherrn Wolfgang Freye, ebenfalls Mitglied im GVE-Aufsichtsrat. Transparenz sei keineswegs nachholbar. Die Öffentlichkeit sei getäuscht und hinter Licht geführt worden. Die Rolle der grünen Dezernentin Simone Raskob und von GVE-Geschäftsführer Andreas Hillebrand sei mehr als unrühmlich gewesen (beide hatten trotz gezielter Nachfragen über den Plan, die zweite Ausbaustufe des Stadions vorzuziehen, nicht informiert). Wie erwartet fielen einige Reaktionen aus den Reihen der anderen Fraktionen heftig und teils persönlich beleidigend aus. Dennoch: Unterm Strich wird eingesehen, dass künftig frühzeitiger und umfassend informiert werden muss. Rainer Marschan, Fraktionsvorsitzender der SPD: „Transparenz ist nötig, das haben wir alle aus diesem Vorgang gelernt“.

Abstimmung: Ablehnung der Verwaltungsvorlage durch LINKE und Vertreter Essen steht AUF, Zustimmung durch SPD, CDU, Grüne, FDP, EBB.

Einen weiteren Kritikpunkt unserer Fraktion, dass die gestiegenen Betriebskosten des neuen Stadions den ohnehin zu knappen Etat der Sport- und Bäderbetriebe zusätzlich belasten, hatten die fünf Stadion-befürwortenden Fraktionen (SPD/CDU/Grüne/FDP/EBB) zum Anlass für einen ergänzenden Antrag unter diesem TOP genommen: 1. Soll die Sportstättenbetriebsges. (die für den Stadionbetrieb zuständig sein wird) aus den Sport- und Bäderbetrieben ausgegliedert werden – einstimmig beschlossen; 2. Bis dahin wird der Betriebskostenzuschuss, den die Sport- und Bäderbetriebe fürs Stadion zu leisten haben, gedeckelt – geschoben in den Unterausschuss Finanzen und Beteiligungen; 3. Wird die Sportstättenbetriebsges. in den Beteiligungsbericht aufgenommen – gleichfalls geschoben.

Weiter ging's mit dem Thema Transparenz: Das Viererbündnis hatte unter TOP 17 einen Antrag für eine regelmäßige Projektberichterstattung (z.B. zu Stadion, Messe, Kreuzeskirchviertel) eingebracht. Unser Fraktionsvorsitzender Hans Peter Leymann-Kurtz begrüßte das Vorhaben ausdrücklich, und äußert die Hoffnung, dass Transparenz künftig nicht mehr nachgeholt werden müsse. Einstimmig angenommen.

Eine lange und langwierige Debatte entstand dagegen um den SPD-Antrag zu Produktkritikverfahren. Unsere Zustimmung begründete Ratsfrau Janina Herff. Es müsse sicher gestellt werden, dass (wie von der SPD beantragt) zunächst eine Aufgaben- und Produktkritik erfolge – durch die Politik – bevor die Verwaltung einzelne Dienstleistungen einstellt. Doch scheinbar gönnte das Viererbündnis der SPD-Fraktion nicht den Erfolg, der Antrag wurde mit fadenscheinigen „Argumenten“ in den Unterausschuss Finanzen und Beteiligungen verwiesen. Eine Beerdigung zweiter Klasse?

TOP 19, Bürgerbeteiligte Haushaltskonsolidierung, Rechenschaftsbericht: Die Empfehlung, diese sogenannte Bürgerbeteiligung einzustellen, wird zur Kenntnis genommen.

Ebenfalls für Debatten im Vorfeld hatte TOP 20 gesorgt, Optimierung organisatorischer Strukturen im Kombinat Stadt Essen / Sozialgesellschaften. Ursprüngliches Vorhaben der Verwaltung – sprich des Kämmers – war es, die drei Sozialgesellschaften Essener Arbeits- und Beschäftigungsges. (EABG), Jugendhilfe Essen (JHE) und Suchthilfe Direkt Essen (SDE) zu einer Integrierten Sozialgesellschaft zu verschmelzen. Dies hätte einen deutlich stärkeren Durchgriff des Kämmers und seiner Kürzungsvorgaben ermöglicht. Letztlich war es der Widerstand der FachpolitikerInnen aller Fraktionen, der dieses Vorhaben hat scheitern lassen. In einem Antrag aller Fraktionen wird dem Verwaltungsvorschlag eine Absage erteilt. Darüber hinaus hat unsere Fraktion einige ergänzende Punkte formuliert (Orientierung am TVöD in den drei Gesellschaften, Bezifferung möglicher Umstellungskosten), die jedoch durch die Mehrheit des Viererbündnisses abgelehnt wurden (bei Zustimmung durch die SPD-Fraktion).

TOP 21, Stärkungspakt, hier: Teilnahmeantrag: Hans Peter Leymann-Kurtz begründet die Skepsis unserer Fraktion. Der gute Wille des Landes sei durchaus anzuerkennen, doch die Hilfen sind leider unzureichend. Problematisch ist, dass durch eine „freiwillige“ Selbstverpflichtung der Zwang zum „Sparen“ eingegangen wird. Unsere Fraktion kann sich letztlich zu einer Enthaltung durchringen, Zustimmung aller anderen Fraktionen.

Essen, 18.30 Uhr

Halbzeit im Rat, die KontrahentInnen stärken sich mit Grünkohl und Mettwurst

Essen, 19.00 Uhr

TOP 22, Ruhr 2010 GmbH, hier: Liquidation / Änderung des Gesellschaftsvertrages: Die noch vorhandenen Restmittel dieser für das Kulturhauptstadtjahr gegründeten Gesellschaft weckten viele Begehrlichkeiten. Nach langen und langwierigen Diskussionen – in den Ausschüssen – konnte heute endlich (!) die Liquidation beschlossen werden. Über die Verwendung des Restvermögens (500.000,- Euro) entscheiden dann der RVR bzw. seine Gremien. Einstimmig.

TOP 23, EWG, hier: Stadtmarketing: abgesetzt

Essen, 20.45 Uhr

TOP 24, Änderung der Bürgerschaftsrichtlinie: Einstimmig.

Marseille, 20.45 Uhr

Anpfiff des Champions-League-Viertelfinales Olympique Marseille : Bayern München

Essen, 20.46 Uhr

Nächster Aufreger TOP 25, A52: Es liegen ein Antrag der Grünen Fraktion und ein gemeinsamer Fragenkatalog SPD-LINKE (von unserer Seite begründet durch Rats Herrn Wolfgang Freye) vor. In einer langen und hart geführten Debatte – in der Einige übers Ziel hinaus schossen – wurde klar, worum es ging: Die Grünen wollen mal wieder die SPD und ihren OB vorführen (diese mögen sich endlich mal entscheiden und jetzt sofort den Ausbau der A52 ablehnen). So aussichtslos wie durchsichtig – und letztlich langweilig.

Abstimmung zum Antrag der Grünen: Zustimmung von Grünen und LINKEN, Nicht-Teilnahme der SPD-Fraktion, Ablehnung aller anderen Fraktionen.

Abstimmung zum Fragenkatalog von SPD und LINKEN: Zustimmung von SPD, LINKEN, EBB, Julia Kahle-Hausmann, Essen steht AUF; Ablehnung von CDU, FDP, Rep und NPD; der OB enthält sich. Machte unterm Strich 40 zu 40 bei 1 Enthaltung, womit der Fragenkatalog gescheitert war – oder doch nicht? Mehr unter TOP 49.

Danach ging's mal ein bisschen flotter: Die TOPs 26 und 27 (beide zum Regionalen Flächennutzungsplan), 28 (Sanierung Altenberg) und 29 (Anschaffung des Amtlichen Liegenschaftskatastersystems ALKIS) werden einstimmig beschlossen.

TOP 30, Entwicklung eines Konzeptes für den Baldeneysee: Auf Initiative des Viererbündnisses hatte die Verwaltung eine Baldeneyseekonferenz einberufen, dieser Prozess soll nun verstetigt werden. Angesichts knapper Geld- und Personalressourcen der Stadt gibt's von uns nur eine Enthaltung – Zustimmung aller anderen Fraktionen.

TOP 31, Konzept Ruhr / Wandel als Chance: Einstimmig.

TOP 32, european centre für creative economy (ecce): Die Vorlage wurde nur eingebracht, VertreterInnen mehrerer Fraktionen stellen Fragen zum Konzept, verwiesen in den Fachausschuss.

Marseille, 21.36 Uhr

Halbzeit Olympique Marseille : Bayern München, Spielstand 0:1

Essen, 21.36 Uhr

TOP 33, ÖPNV-Infrastruktur dauerhaft erhalten und sichern: Ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion, dem sich das Viererbündnis diesmal nicht (in Gänze) verweigert. Lange und langwierige Debatte mit dem Ergebnis: Zustimmung von SPD, CDU, Grünen, LINKE, Essen steht AUF, Julia Kahle-Hausmann; Enthaltung von FDP, EBB und rechtsaußen.

Einstimmig werden die Verwaltungsvorlagen zu den TOPs 34 (U-Stadtbahn: Prozess- und Sicherungstechnik), 35 (U-Stadtbahn: Sanierung Bahnsteige Nordstrecke) und 36 (Abschnittsbildung gem. § 130 Abs. 2 Baugesetzbuch Böhmerheide) beschlossen.

Unter TOP 37 geht es dann um die Anpassung der Essener Taxitarife. Noch in der Nacht vor der Sitzung erreichte ein Schreiben des Taxiverbandes alle Ratsmitglieder, Inhalt: Die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Taxitarife entspreche nicht den gesetzlichen Vorgaben und sei unzureichend. In der Tat befindet sich Essen in punkto Taxitarife im unteren Mittelfeld. Anlass für

uns, kurzfristige Überprüfung im Fachausschuss anzuregen (angenommen), ansonsten wird der Verwaltungsvorlage einstimmig zugestimmt.

TOP 38, Auswirkungen der geänderten finanziellen Landesförderung für integrative / inklusive Kindertageseinrichtungen (Antrag des Viererbündnisses): Noch anlässlich der Haushaltsverabschiedung im November 2011 hatte das Viererbündnis „beschlossen“ dass der Landschaftsverband Rheinland (LVR) seine Umlage (also das, was die Städte zu zahlen haben) von 17,0 auf 16,5 Punkte absenken soll. Wie man weiß, wurde daraus nicht so wirklich etwas, es wurde nur um 0,3 Punkte auf 16,7 abgesenkt. Dennoch: Der LVR hat nun niedrigere Einnahmen und muss entsprechend seine Ausgaben reduzieren. Dem fiel das stets als vorbildlich gelobte Programm zur Förderung integrativer Kita-Gruppen zum Opfer. Für zusätzlichen Diskussionsstoff sorgte eine Stellungnahme der Direktorin des LVR, auf die Dezernent Renzel lang und breit antwortete. Dezernent Kromberg konnte es hingegen in einem Satz auf den Punkt bringen: „Wir haben recht, die Anderen nicht.“

Jedenfalls: Diese Kürzung war Anlass für das Viererbündnis, die Biedermänner zu spielen: Bereits im Jugendhilfeausschuss wurde eine Resolution eingebracht, die diese Kürzung bedauert. Das konnte – da obendrein inhaltlich teils fragwürdig – nur in Teilen unsere Zustimmung finden, ansonsten einstimmig. Ein ergänzender SPD-Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Redebedarf war auch beim nächsten Punkt, TOP 39, Kriterien für die Grundschulentwicklungsplanung, ungebrochen. Der Verwaltungsvorlage wurde dennoch einstimmig zugestimmt.

Es folgte wieder eine etwas flottere Passage: TOP 40 (Bildungsgang „Allgemeine Hochschulreife im Fachbereich Technik“ am Berufskolleg West), 41 (Erweiterung der Zügigkeit im Bildungsgang „Fachoberschule Klasse 13“ am Hugo Kükelhaus Berufskolleg), 42 (Bildungsgang „Berufliches Gymnasium-allgemeine Hochschulreife-Gestaltungstechnische Assistentin am Hugo Kükelhaus Berufskolleg), 43 (Änderung der Satzung für das Jugendamt) und 44 (Benennung in den Seniorenbeirat) wurden im Schnelldurchgang einstimmig beschlossen.

Diskussionen gibt es dann wieder zum Thema Sport, TOP 45, Bauzuschuss an den Verein TuS Essen-West: Das Viererbündnis hatte beantragt, für den vereinseigenen (nicht wie sonst üblich städtischen) Platz, einen Zuschuss i.H.v. 180.000,- Euro zu gewähren. Aus Eigenmitteln kann der Verein immerhin 145.000,- Euro beisteuern. Demgegenüber wollte die SPD-Fraktion zunächst einige Fragen beantwortet haben (ob dies rechtlich möglich sei, ob der Platz denn wirklich sooo sanierungsbedürftig ist usw.) und erst danach einem Zuschuss zustimmen. Man redete sich – mal wieder – die Köpfe heiß, für unsere Fraktion machte Wolfgang Freye die Unterstützung des Antrags des Viererbündnisses deutlich. Der Fragenkatalog der SPD-Fraktion (und die damit beabsichtigte Verzögerung) fand keine Mehrheit. Der Antrag des Viererbündnisses wurde zu guter letzt einstimmig verabschiedet.

TOP 46, Werbeoffensive für Teilzeitausbildungsplätze: geschoben in den Fachausschuss (OPO).

Welch epochale Dinge den Rat beschäftigen können, wurde unter TOP 47 deutlich: Die Einführung einer Schulden-App. Hiermit soll dem geneigten Besitzer eines Smartphones ermöglicht werden, jederzeit den aktuellen Schuldenstand der Stadt Essen abzurufen. Diese qualifizierte Verwaltungsvorlage (die auf eine FDP-Initiative zurückgeht) bedurfte einer qualifizierten Ergänzung:

Unsere Fraktion beantragt, dass diese APP kostenpflichtig sein soll, Preis: 1,79 Euro. Begründung: Dies könne einen nennenswerten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Zustimmung von SPD, LINKE, Essen steht AUF, Julia Kahle-Hausmann, Ablehnung durch CDU, FDP, EBB und rechtsaußen – somit knapp gescheitert. Schade aber auch.

Einstimmig hingegen die Zustimmung zu TOP 48, Einführung einer mobilen Berichterfassung im Rettungsdienst.

Vorgezogen die Kenntnisnahme von den Nebeneinkünften des Oberbürgermeisters.

Last not least unter TOP 49 noch die Anfragen von Ratsmitgliedern:

VHS-Drittmittelakquise: Unsere Ratsfrau Claudia Jetter hatte mehrere Fragen zur aktuellen Situation bzgl. der Drittmittel-Akquise bei der VHS gestellt, Antworten in Kurzform erteilt Dezernent Bomheuer mündlich, schriftliche Fassung folgt. In Kürze: Aktuell seien keine Mittel durch den Kämmerer blockiert, die unbesetzte Stelle zur Drittmittelakquise soll in Kürze besetzt werden. Aktuell seien die Einnahmen durch die Akquise von Drittmitteln nicht rückläufig.

Zuschuss an den Sportverein TuS Essen-West: Rainer Marschan (Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion) brachte die Fragen aus dem SPD-Antrag zu TOP 45 als Anfrage eines Ratsmitgliedes ein.

A52: Hans Peter Leymann-Kurtz bringt die Fragen aus unserem Antrag zur A52 als Anfrage eines Ratsmitgliedes ein.

Und dann wurde es nicht-öffentlich.

TOP 52, Erwerb von ALLBAU-Aktien durch die EVV:

"Laut Oberbürgermeister nicht für die Öffentlichkeit bestimmt"

TOP 53, Atomstromfreier Strom für die

Laut Oberbürgermeister nicht für die Öffentlichkeit bestimmt

TOP 54, Stellenbesetzung Fachbereichsleiterin Rechtsamt:

"Laut Oberbürgermeister nicht für die Öffentlichkeit bestimmt"

TOP 55, Beschlussfassung über die Empfehlungsbeschlüsse des Ausschusses für Stadtentwicklung und Stadtplanung:

"Laut Oberbürgermeister nicht für die Öffentlichkeit bestimmt"

TOP 56, Unterrichtung der Öffentlichkeit

Marseille, 22.35 Uhr

Abpfiff Olympique Marseille : Bayern München, Endstand: 0:2

Essen, 22.30 Uhr

Auch im Essener Ratssaal geht eine über weite Strecken zähe Partie zu Ende. Völlig erschöpft verlassen die KontrahentInnen das Spielfeld. OB Paß wünscht allen schöne Ferien und freut sich auf das nächste Wiedersehen im Mai.